



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/128

6. Juni 1950

Hinweise

auf den Inhalt:

Verdächtiger Notschrei (Zum Haushaltsbericht Dr. Schäffers)	S.1
Der Kampf um das japanische Erbe (Die USA-Politik in Ostasien)	S.3
Atomenergieüberwachung in Niedersachsen - Glosse	S.5

## Verdächtiger Notschrei

sp. Die Regierungsgepflogenheit selbstgefälliger Erfolgsbetrachtungen und übertrieben zuversichtlicher Voraussagen ist durch den "Katastrophenbericht" des Bundesfinanzministers Dr. Schäffer jäh unterbrochen worden.

Grundtatsachen bzw. Grundbehauptungen des Bundesfinanzministers sind, kurz zusammengefasst, die folgenden:

Es fehlen im Haushalt rund 900 Mill. Mark. Die gesamten öffentlichen Sozialleistungen für 1950 werden auf fast 14 Mrd. DM geschätzt, wovon über 5 Mrd. aus dem Bundeshaushalt fließen. Über 6 Mrd. werden von den grossen sozialen Versicherungen aufgebracht, der Rest u.a. durch die Unterhaltshilfe des Lastenausgleichs. Der nächstgrosse Posten auf der Ausgabenseite sind die Besatzungskosten mit 4,55 Mrd. DM. Die Bundeseinnahmen werden auf 11,3 Mrd. DM beziffert. Wesentliche Schlussfolgerungen des Bundesfinanzministers aus diesem Bericht sind: keine weitere Verbesserung der sozialen Leistungen ohne eine entsprechende Steigerung des Sozialproduktes, die andererseits mit allen Mitteln anzustreben sei.

Nun ist es sicher, dass jeder Finanzminister eines Landes, wie es Westdeutschland heute ist, eine sehr schwere und undankbare Aufgabe hat. Die Tatsachen des verlorenen Krieges, der wie kein anderer zuvor zerstörend gewirkt hat, die Abtrennung wesentlicher Teile von einem Volkkörper, der ein geschlossenes Ganzes war, die ungeheure Last der Besetzung durch fremde Mächte sind gewiss ungeheuer drückende Hypothesen. Und nichts illustriert die Situation besser als die Tatsache, dass im Jahre 1949 in Westdeutschland mindestens 15 Mill. Menschen ganz oder

zum Teil von öffentlicher Hilfe gelebt haben.

Aber auch bei dieser Gelegenheit ist festzustellen, dass die Wege, auf denen die Regierung und damit auch ihr Finanzminister, den wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten Westdeutschlands gerecht zu werden versuchen, nicht im mindesten den tatsächlichen Bedürfnissen des überwiegenden Teiles der Bevölkerung entsprechen. Immer wieder hat man auf Seiten der Regierung und ihrer Anhänger so getan, als gehe es in Westdeutschland in steiler Kurve aufwärts. Volle Schaufenster und eine bisweilen hektisch anmutende Betriebsamkeit haben eine Fassade erstehen lassen, deren Glanz nur für sehr wenige eine erfreuliche Wirklichkeit ist. Nun zeigen die Angaben des Ministers selbst über die Höhe der sozialen Verpflichtungen klarer als alles andere, was man von den Lobpreisungen und Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft zu halten hat: Grob gesprochen ist es so, daß zwei Arbeitende drei Nichtarbeitende miternähren müssen und daß die Einkommensverhältnisse schändlich ungerecht sind, weit über das leider kaum vermeidbare Maß hinaus.

Natürlich würde sich ein ganz anderes Bild ergeben, wenn die Kosten für die Besetzung niedriger wären. Aber sie sind es nun einmal zunächst nicht und angesichts der verbleibenden Höhe unausweichlicher Sozialleistungen hätte eine so einseitige Bevorzugung des Kapitalismus, wie die Regierungspolitik sie sichtbar werden ließ, unter allen Umständen vermieden werden müssen. Ein klassisches Beispiel sind die 900 Millionen, auf die die Regierung bei der Steuerreform zugunsten der Träger hoher Einkommen glaubte verzichten zu können und die jetzt als Defizit im Haushalt auftauchen.

Die Erklärungen Dr. Schäffers haben drei Stossrichtungen: Gegen die Besatzungskosten, gegen vermehrte Sozialleistungen und für eine Erhöhung der gegenwärtigen Produktionsleistung, dies letzte ohne Lohnerhöhungen, weil sonst ja nicht der von ihm erhoffte Effekt eintreten würde. Vor allem aber muss man befürchten, dass die Absicht des Ministers dahin geht, vorbeugend den Forderungen auf eine wirklich gründliche Gestaltung des endgültigen Lastenausgleichs zu begegnen.

- - - - -

Der Kampf um das japanische Erbe  
Von unserem USA-Korrespondenten H.Steinitz

Washington, Anfang Juni

Es ist in letzter Zeit immer wieder versucht worden, die zahllosen Krisen und Schwierigkeiten, denen sich die USA in dem riesigen Raum Ostasiens gegenüber sehen, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Das Staatsdepartement in Washington, das ostasiatische Probleme mit der gleichen Anteilnahme verfolgt wie Ereignisse in Europa, scheint, in Übereinstimmung mit verschiedenen amerikanischen Pressestimmen der letzten Monate, diesen gemeinsamen Nenner gefunden zu haben, auf den der Bürgerkrieg in China und in Burma, die Guerillakämpfe auf der malayischen Halbinsel und auf den Philippinen, die Krisen und Geburtswehen junger Nationen in Korea und Indonesien zurückzuführen sind. Alle diese Entwicklungen, sagt das Staatsdepartement, haben ihre Wurzel darin, dass diese Länder während des Krieges von japanischen Truppen besetzt und Kriegsschauplatz waren - und dass mit der Kapitulation und dem Abzug der Japaner dort ein Vakuum zurückgeblieben sei. Mit anderen Worten, diese Theorie sieht das grosse zentrale Problem Asiens, in dem Kampf um das japanische Erbe, um das sich mindestens vier Ideenwelten streiten: der echte, gesunde, autochthone Nationalismus der jungen asiatischen Völker (z.B. in Burma und Indonesien), der strikt anti-kommunistisch sei, zweitens der konservative alte Kolonialimperialismus, der verzweifelt an seinem Besitz festzuhalten suche, drittens eine neue, moderne Haltung der Westmächte, die die jungen asiatischen Nationen als gleichgestellte Handelspartner betrachten, und viertens der Kommunismus, der nichts anderes bedeute, als dass bei den asiatischen Völkern anstelle des alten Kolonialstatuts das neue Satellitenstatut treten würde - sofern sich nicht eines Tages Tito-Tendenzen unter ihnen durchsetzen könnten.

Dieser Kampf um das japanische Erbe dominiert im heutigen Asien. Die Frage, welche dieser vier Kräfteströmungen sich durchsetzen und das "Vakuum" ausfüllen wird, lässt sich heute noch nicht beantworten. Die Amerikaner wünschen eine Kombination von Eins und Drei: d.h. selbständige, strikt anti-kommunistische Nationalstaaten, wie auf den Philippinen und auf Indonesien, die, wo notwendig, auch amerikanische Kredite zur Erschliessung ihrer Bodenschätze und zur allgemeinen Hebung des Lebensstandards erhalten. Die Engländer haben in Bezug auf Indien, Pakistan und Ceylon diesen Weg bereits eingeschlagen, und dort hat er

sich bewährt, während in Korea und Indonesien aus mancherlei Gründen die Kinderkrankheiten der neuen Staaten sehr viel ernsthafter sind, und die Franzosen in Indochina eine Politik eingeschlagen haben, die bisher keineswegs zum Erfolg geführt hat - und die von Washington bitter kritisiert wurde.

Lange Zeit hatte Washington seine eigene Politik in Ostasien nicht klar erkannt und erst unter dem Donnerschlag des kommunistischen Sieges in China eine gewisse klare Linie entwickelt. Eine diplomatische Anerkennung der kommunistischen Regierung Chinas kommt vorläufig nicht in Betracht, aber auch Tschiang-Kai-Schek fällt allmählich unter den Tisch: Formosa erhält zwar noch eine bescheidene Wirtschaftshilfe, aber eine Anfrage Tschiang-Kai-Scheks, ob er an den Vorbereitungen für den Friedensvertrag mit Japan beteiligt werde, hat Washington mit einem knappen und eisigen "Nein" beantwortet. Andererseits will sich die amerikanische Regierung eine Tür zu den kommunistischen Staaten, d.h. heute also China, morgen vielleicht auch schon Viet-Nam, offen halten, in der Erwartung, dass eines Tages dort einmal Tito-Kräfte in den Gang der Geschichte eingreifen können.

Seit zwei Jahren bereitet das Staatsdepartement einen Friedensvertrag für Japan vor, ist aber trotz beachtlicher Vorarbeiten im Grunde um keinen Schritt weiter gekommen. Das liegt diesmal ausnahmsweise nicht an der Sowjetunion (Washington besteht schon seit langem darauf, die Friedenskonferenz "vetofrei" zu gestalten, d.h., die Sowjetunion nicht hinzuzuziehen), sondern die Schuld liegt in Washington selber. Das amerikanische Staatsdepartement ist für den Abschluss eines baldigen Friedensvertrages, aber der Pentagon, d.h. das Verteidigungsministerium und die Generalstäbe der drei Waffengattungen, ist dagegen. Die Militärs wollen auf das Staatsdepartement einen Kompromissvorschlag gemacht: gleichzeitig mit dem Friedensvertrag solle ein Bündnisvertrag USA-Japan abgeschlossen werden, kraft dessen Japan den Amerikanern einige Stützpunkte (Häfen, Flugplätze) aussarhalb der grossen Städte zedieren würde. Abgesehen von diesen Stützpunkten könnte dann der Rest des Landes von den amerikanischen Truppen risikolos geräumt werden. Japan als militärischen Stützpunkt nicht verzichten. Schliesslich hat

Das sei, antworten die Militärs, kein völlig ausreichender Ersatz und im übrigen müsse man doch damit rechnen, dass die Japaner, wenn sie einen Friedensvertrag nur mit USA, England, Australien, Indien usw. unterzeichnen, dann sogleich sich bemühen würden, hinterher

einen Separatfrieden mit Russland und Rot-China abzuschliessen, worauf sie umso mehr warten, als für die brachliegende japanische Exportindustrie China der normale und natürliche Markt ist, der ihnen z.Z. versperrt bleibt. Sei es da nicht viel besser, immer vom Standpunkt der amerikanischen Sicherheit aus gesehen, für die Dauer des "Kalten Krieges" auf einen Friedensvertrag zu verzichten und sich mit Aufrechterhaltung des "Status quo" zu begnügen?

Gegen diesen Standpunkt der Militärs hat nun General McArthur, der "Zar" Japans und allmächtige amerikanische Besatzungschef, energisch protestiert: die amerikanische Besatzung sei bisher vom japanischen Volk willig und freundlich akzeptiert worden, und es habe nie Reibungen gegeben, aber jetzt sei der "Saturierungspunkt" erreicht, von dem ab die Einstellung des Volkes sich ändern könnte. Die Kommunisten operieren schon mit dem Schlagwort "Keine Militärstützpunkte für ausländische Mächte" - und wenn sich der gegenwärtige Unsicherheits- und Übergangszustand noch lange hinziehe, werde diese Parole den Kommunisten gewaltigen Zulauf verschaffen, und andere Parteien würden in Versuchung geraten, die gleiche Parole aufzunehmen. Washington befindet sich also auch in Japan in einer schwierigen Lage, in der es nicht leicht fällt, weittragende Entschlüsse zu fassen.

- o - o -

#### Atomenergieüberwachung in Niedersachsen

sp. Es ist merkwürdig, bisher hat sich bei uns eigentlich noch niemand über die Atomenergie aufgeregt. Man las in den Zeitungen darüber, man verfolgte Berichte über Atombomben, über ihre Unstaatliche Kontrolle und über Spionage auf diesem Gebiet. Aber das war so, wie man als guter Bürger nach Goethes "Faust" beschaulich zusehen konnte, wenn fern in der Türkei die Völker aufeinander schlugen. Was geht uns das an?

Es geht uns an. Das niedersächsische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr veröffentlichte gerade eine Anordnung mit folgendem Wortlaut: "Alle natürlichen und juristischen Personen, die im Besitz von für die Atomenergieerzeugung geeigneten Gegenständen sind, müssen sofort in sechsfacher Ausfertigung ein Verzeichnis dieser Gegenstände an das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Hannover, Hohenzollernstr.46 einreichen. (Gesetz Nr.22 der Hohen

Kommission, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr.51).

Wer nun, in Niedersachsen oder in der Bundesrepublik, ist im Besitz? Was alles mag wohl oder mag nicht geeignet sein für die Atom-erzeugung? Da ist nun meinetwegen irgendwo auf der Welt alles für eine Atomenergie-Erzeugung vorbereitet, und es bedarf nur noch eines einzigen kleinen Handgriffes, es ist nur eine winzige Schraube zu lösen; aber kein Mensch hat einen Schraubenzieher zur Hand. Ich habe einen prächtigen Schraubenzieher an meinem Taschenmesser. Es fehlt nur an dieser Kleinigkeit, und wir bekämen alle umsonst elektrisches Licht. Aber ich kann mein Taschenmesser nicht ausleihen, weil ich es nicht angemeldet habe. Wie schrecklich!

Als natürliche Person fühlt man sich durch eine solche Anordnung allzusehr persönlich angesprochen. Vielleicht sind nur die Chemiker und Physiker in Niedersachsen gemeint. Dann wäre es nicht so schlimm. Aber da sie Gegenstände und nicht etwa nur Atommeiler angeben sollen, wirkt die Sache beunruhigend.

Man erinnert sich dunkel, dass schweres Wasser bei der Atomenergie eine Rolle spielt und dass schweres Wasser zu, ich weiss nicht wieviel tausendstel Prozent in jedem Wasser, in der Ostsee so gut wie im Tegernsee enthalten ist. Und dann ist jeder Wassereimer ein Gegenstand, der geeignet ist.

Man ahnt nicht, von was für Gefahren man umgeben ist. Man liest am besten gar keine Zeitungen mehr und vor allem nicht die Presse-notizen, die vom Ministerium oder der Hohen Kommission herausgegeben werden. Man lebt ruhiger, wenn man die Atomenergie im fernen Amerika wie den Krieg dahinten in der Türkei vermutet.

R.G.

- o - o -

#### Heldenklaus für Aue.

sp. Die SAG R.Wolf in Magdeburg soll 2000 Belegschaftsmitglieder entlassen, die für den Uranbergbau verpflichtet werden sollen. Diese Angaben machten der Betriebskulturdirektor und der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung. Wie dieser Betrieb soll die gesamte Industrie der Zone durchgekämmt werden.

- - -